



Infobrief 232. Ausgabe insgesamt Nr. 22/2011 - 16.12.2011

i Vier Jahre Abendsonne: Dreist und demokratiefeindlich

Immer wieder haben vor der Abwahl stehende Regierungen oder nach der Abwahl noch im Amt befindliche Minister enge Mitarbeiter befördert, verbeamtet oder auf neue Funktionen versetzt. Die Journalisten haben dieses Verhalten „Aktion Abendsonne“ genannt. Sie fiel von Regierung zu Regierung unterschiedlich dreist aus. Ein Stück weit konnte man dafür sogar Verständnis finden, mussten doch gerade die dem ausscheidenden Minister zuarbeitenden Mitarbeiter unter neuer Führung mit Nachteilen und uninteressanten Aufgaben rechnen.

Was Schwarzgelb aber seit Amtsantritt macht, übertrifft die Maßnahmen aller Vorgängerregierungen um ein Vielfaches. Von Anfang an und in jeden Haushaltsjahr erneut werden im bisher nicht gekannten Maß neue Stellen geschaffen, Parteifreunde von außen an allen Bewerberinnen und Bewerbern vorbei durchgesetzt und vor allem die Führungsstäbe und Öffentlichkeitsabteilungen der Minister aufgebläht. Derzeit recherchieren wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, meine erste Schätzung beläuft sich aber auf gut 1.000 neue Stellen im Ministeriumsapparat von vorher etwa 18.000 Beschäftigten. Schwarzgelb plant vier Jahre Abendsonne für seine Parteigänger.

Da werden z.B. im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dass die FDP doch noch 2009 abschaffen wollte, zusätzliche Abteilungen geschaffen und 160 neue Mitarbeiter eingestellt. Immer, wenn mir ein Name genannt wird, gebe ich diesen in GOOGLE ein und erhalte prompt einen Link mit FDP- oder Junge-Liberale-Vergangenheit des neuen Stelleninhabers. Beschäftigung mit dem Thema Entwicklungszusammenarbeit existiert nur in den



wenigsten Fällen.

Besonders unanständig führt sich wieder einmal die FDP auf. Der Koalitionspartner hatte sich geärgert, als der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen (SRU), sich gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ausgesprochen hatte. Die Retourkutsche: Der SRU, zusammengesetzt aus Wissenschaftlern verschiedener deutscher Forschungseinrichtungen und koordiniert durch einen Generalsekretär, erhält gegen den Wunsch des SRU selbst einen neuen Direktorenposten oberhalb des Generalsekretärs. Offiziell soll dieser Direktor die „wissenschaftliche Arbeit verbessern“, aber ein mir zugespielter Vermerk der FDP macht das wirkliche Ziel deutlich: „Der SRU soll dem unmittelbaren politischen Einfluss von Rot-Grün entwunden und

dauerhaft in den (personal-)politischen Einfluss- und Steuerungsbereich der Koalitionsfraktionen gebracht werden“ und „die ‚Farbechtheit‘ der Stelle muss garantiert werden“. Die Stelle soll nach meinen Informationen mit dem umweltpolitischen Referenten der FDP-Bundestagsfraktion besetzt werden.

Und natürlich hat die FDP diesen Vorgang nicht transparent im Haushaltsverfahren durchgesetzt, sondern in der letzten Sitzung des Haushaltsausschuss in den Morgenstunden als Tischvorlage durchgesetzt. Die gesetzliche Grundlage wird durch ein Anhängsel an das Gesetz zur „Sicherung des Fachkräftebedarfs“ geschaffen. Verschleierung der übelsten Sorte, die aber dank kritischer Mitarbeiter nicht unentdeckt blieb.

- Ulrich Kelber -

THEMEN

- Operation Abendsonne
- Anhörung zu Verkehrslärm
- Suche nach Wohlbegriff
- Tausch zwischen AA und BMZ in der Kritik
- Diese Woche im Parlament

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern schöne und erholsame Weihnachtstage und einen guten Start in das neue Jahr. Dann wird dieser Infobrief auch in neuem Design erscheinen.

Herzliche Grüße



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

i Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung von Straßenlärm betroffen

Lärm kann krank machen. Darüber waren sich die Sachverständigen bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am Mittwochvormittag einig. Grundlage des Hearings waren ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/4652) „Schutz vor Bahnlärm verbessern – Veraltetes Lärmprivileg Schienenbonus abschaffen“ sowie ein Antrag der SPD-Fraktion (17/5461) mit dem Titel „Für einen Infrastrukturkonsens – Schutz der Menschen vor Straßen- und Schienenlärm nachdrücklich verbessern“.

Professor Rainer Guski, Ruhr-Universität Bochum, wies in seiner schriftlichen Stellungnahme darauf hin, dass in der Lärmwirkungsforschung äquivalente Dauerschallpegel oberhalb von etwa 60 Dezibel (dB) am Tag und 50 dBA in der Nacht als gesundheitliche Bedrohung angesehen werden. Beziehe man diese Pegel auf die bundesdeutsche Wohnbevölkerung, dann bedrohe der Straßenlärm tags und nachts jeweils 30,9 Prozent der Bevölkerung, der Schienenlärm tags 9,3 Prozent und nachts 21,1 Prozent.

Für Wolfram Bartholomaeus von der Bundesanstalt für Straßenwesen handelt es sich bei der Festlegung von Grenzwerten bei Lärmvorsorge um „politische Entscheidungen“. Das wünschenswerte steht dabei dem finanziell Machbaren gegenüber und es müssten „vernünftige Kompromisse“

gefunden werden. Er wies in seiner Stellungnahme auf die Lärmschutzpakete der Bundesregierung aus den Jahren 2007 und 2009 hin, mit dem der Verkehrslärmschutz verbessert werden solle. Dazu habe der Bund 2006 die für Lärmsanierung zur Verfügung stehenden Mittel von 25 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt sowie im vergangenen Jahr die Auslösewerte für Lärmsanierung an Bundesfernstraßen um drei dB abgesenkt. Diese Maßnahmen würden eine deutliche Verbesserung der Lärmsanierung an Bundesfernstraßen darstellen. Grundsätzlich hielt er eine quellennahe Lärmbekämpfung für sinnvoll. Dies könne durch lärmarme Straßenbeläge, lärmgeminderte Reifen und zukünftig verstärkt auch durch lärmarme Fahrzeuge (Elektromobile) geschehen.

Christian Popp, Lärmkontor GmbH, kritisierte, dass in Deutschland eine systematische Erprobung von für den Innerortsbereich geeigneten Straßenbelägen mit lärmmindernder Wirkung fehle. „Gelingt es nicht, für die Innerortsstraßen, die die meisten Lärmbetroffenen in Deutschland erzeugen, geeignete Straßenbeläge sicher zu identifizieren, werden die Kommunen weiter an individuellen Lösung basteln“, sagte er.



Für Michael Jäcker-Cüppers von der Deutschen Gesellschaft für Akustik ist trotz einiger Fortschritte die Beeinträchtigung durch Verkehrslärm in Deutschland nach wie vor zu hoch. Relevante Teile der Bevölkerung seien Pegeln ausgesetzt, die gesundheitliche Risiken durch Verkehrslärm befürchten lassen würden. Im Bereich der Straßenverkehrs würden diese Menschen vor allen an kommunalen Straßen wohnen. Die meisten Kommunen hätten jedoch keine Programme, die den Lärmsanierungsprogramm des Bundes an Bundesfernstraßen und –schienenwegen vergleichbar seien.

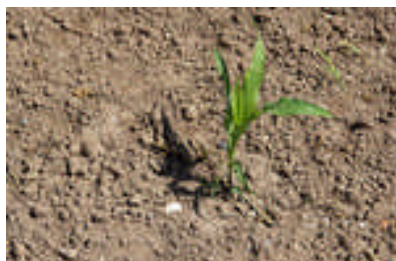
Beim Schienenverkehrslärm setzte sich Jäcker-Cüppers für die Abschaffung des Schienenbonus mindestens für Belastungen, die gesundheitliche Risiken mit sich bringen, ein. Der sogenannte Schienenbonus besagt, dass fünf dBA vom gemessenen Schallpegel abgezogen werden. Ulrich Möhler, Möhler + Partner Ingenieure AG, wies auf die unterschiedlichen Schallpegel beim Lärm von der Schiene und der Straße hin. Während es beim Straßenverkehrslärm eine Dauerbelastung gebe, seien für den Schienenverkehrslärm nach Ruhephasen Pegelspitzen typisch. „Die Bahngeräusche werden als weniger andauernd und unausweichlich bewertet und der Bahnlärm wird insgesamt als weniger beeinträchtigend empfunden, da die Geräusche für Betroffene vorhersagbar sind“, schreibt er.

Möhler hielt eine generelle Abschaffung des Schienenbonus auf der Grundlage der jüngsten Untersuchungen der Lärmwirkungsforschung für „nicht begründbar“. Es habe sich jedoch gezeigt, dass der pauschale Ansatz des Korrekturwertes von fünf dBA für alle Situationen des durchgehenden Schienenverkehrs nicht angemessen sei. Insbesondere für die Situation überdurchschnittlich hoher Vorbeifahrthäufigkeit von Güterzügen und mit geringen Abständen zwischen dem Verkehrsweg und der Wohnbebauung solle die Anwendung des Korrekturwertes überprüft werden.

Für Roland Diehl, Sprecher der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG Bohr) hat sich der Schienenverkehrslärm inzwischen zu einem zentralem Umweltproblem entwickelt. Während sich beim Straßenlärm durch leisere Motoren lärmmindernde Reifen und Straßenbeläge eine erfreuliche Entwicklung abzeichne, sei der Schienengüterverkehr auf Grund des noch immer „überwiegend eingesetzten (ur)alten Wagenmaterials laut wie eh und je“. Deshalb forderte er den Schienenbonus angesichts der zu erwartenden hohen Belastungen des Schienennetzes mit immer schnelleren, schweren und zahlreicheren Güterzügen „unverzüglich“ auszusetzen. „Wir können uns ein Privileg für den Bahnlärm nicht mehr leisten“, sagte er.

i Nachhaltigkeit, Selbstverwirklichung, Umverteilung: Suche nach Wohlstandsbegriff

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde weiterhin eine zentrale Rolle bei der Definition und Messung von Wohlstand spielen, doch müssten auch andere Faktoren wie etwa die ökologische Nachhaltigkeit des Wirtschaftens oder die Chancen zur Verwirklichung individueller Fähigkeiten in die Diskussion einbezogen werden: Diese These vertrat am Montag der Sachverständige Christoph Schmidt vor der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Der Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) wies darauf hin, dass die Neuausrichtung des Wohlstandsbegriffs über die Wirtschaftsleistung hinaus große Probleme bei der Entwicklung und Berechnung entsprechender Indikatoren aufwerfe. Der Experte Gert Wagner kritisierte, dass die Notwendigkeiten der Nachhaltigkeit bei der Ermittlung des ökonomischen Wachstums bislang nur unzureichend gewichtet würden. Der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) forderte, besonders den Ressourcenverbrauch in die Messung der Wirtschaftsleistung „einzupreisen“, wodurch das Wachstum als Kriterium für Wohlstand aussagekräftiger werde.



Kernaufgabe der Enquetekommission ist es, das rein ökonomisch und quantitativ ausgerichtete BIP als Messgröße für gesellschaftliches Wohlergehen weiterzuentwickeln und etwa um ökologische, soziale und kulturelle Kriterien zu ergänzen. Letztlich soll die Arbeit des Gremiums in die Definition dessen münden, was als qualitatives Wachstum gelten kann und wozu beispielsweise die Entkopplung des Ressourcenverbrauchs von der Steigerung der Wirtschaftsleistung zählt.

Schmidt appellierte an die Kommission, bei ihrer Suche nach einem alternativen Wohlstandsbegriff die entsprechenden Bemühungen diverser Länder wie etwa der USA, Kanada, Großbritannien oder Australien wie auch die auf internationaler Ebene von Wissenschaftlern entworfenen Konzepte zu berücksichtigen. Im Sinne einer Verbesserung des gesellschaftlichen Wohlergehens plädierte der RWI-Präsident u. a. für eine „sinnvolle Umverteilung“ des ökonomischen Reichtums, wobei der Spielraum indes begrenzt sei.

Als „in der Grundlogik überzeugend, aber konkret schwer zu messen“ bezeichnete der Wirtschaftsprofessor das von Nobelpreisträger

Amartya Sen entworfene Modell des „capability approach“, was mit „Fähigkeitenansatz“ übersetzt werden kann. Danach bemisst sich das Ausmaß des Wohlstands in einer Gesellschaft vor allem daran, wie es um die Möglichkeiten der Bürger bestellt ist, ihre persönlichen Potenziale und Fähigkeiten zu realisieren. Bei Sens Konzept hängt dies, wie Schmidt erläuterte, von mehreren Bedingungen ab – etwa von politischen Freiheiten, vom ökonomischen Standard, von sozialen Chancen, von einer guten Regierungsführung möglichst ohne Bürokratie und Korruption, von einem sozialen und ökologischen Schutz der Bürger oder von einem breiten Zugang zu Bildung und Gesundheitsdienstleistungen.

Andere von Schmidt vorgestellte Modelle der Wohlstandsberechnung zielen in die gleiche Richtung, nennen aber auch Kriterien wie den Zustand der Umwelt oder das Maß an wirtschaftlicher Unsicherheit in der Gesellschaft. Wie aber lässt sich all dies messen? International diskutiert werden laut dem RWI-Präsidenten beispielsweise Kriterien wie die Belastung der Stadtbevölkerung durch Luftverschmutzung oder die Größe jenes Bevölkerungsteils, der ohne Armutsrisiko leben kann.

Gert Wagner trat dafür ein, bei der Ermittlung von Lebensqualität und Wohlstand nicht

nur die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens, sondern auch das Maß an Chancengerechtigkeit in einer Gesellschaft stärker zu gewichten. Gerade das Kriterium der Chancengerechtigkeit müsse sehr differenziert betrachtet werden, mahnte der DIW-Chef. Der Wirtschaftsprofessor warnte davor, sich bei der Wohlstandsberechnung allein auf Selbstauskünfte der bei demoskopischen Erhebungen befragten Bürger zu verlassen. Bei solchen Studien komme zwar einem guten Privatleben eine große Bedeutung zu, doch werde die ökologische Nachhaltigkeit nur gering gewichtet. Dies sei nicht verwunderlich, da Nachhaltigkeit erst in der Zukunft ein Rolle spiele und heutzutage von den Bürgern nicht „gespürt“ werde, so Wagner. Bei der Erarbeitung von Indikatoren für einen fortentwickelten Wohlstandsbegriff müsse man sich bei der Nachhaltigkeit deshalb auf Erkenntnisse von Experten stützen.

Den „Fähigkeitenansatz“ Amartya Sens will die Enquetekommission bei ihrer nächsten Sitzung am 14. Dezember mit der US-Philosophin Martha Nussbaum näher erörtern.

QUELLEN

Alle angegebenen Drucksachen sind verlinkt oder lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

http://dip21.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments/simple_search.do

Dort einfach die Nr. eingeben

Die Texte stammen vom Pressezentrum des Bundestages und der SPD-Bundestagsfraktion.



Karikatur: Klaus Stuttmann

i Abgabe der Nothilfe an das Auswärtige Amt stößt auf Kritik

Die geplante Übernahme des Titels Not- und Übergangshilfe durch das Auswärtige Amt ist im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe auf Skepsis gestoßen. Wie Vertreter des Auswärtigen Amtes (AA) und des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) am Mittwoch vor dem Ausschuss mitteilten, gehen damit rund 95 Millionen Euro vom BMZ an das AA. Zudem sollen 46 Stellen an das AA übertragen werden. Ziel sei es, Koordinierung und Effizienz der Nothilfe zu verbessern und so schneller und flexibler auf Katastrophen reagieren zu können. Wie der BMZ-Vertreter betonte, müssen die Umsetzungsmodalitäten noch fixiert werden und der Haushaltsausschuss den Plänen zustimmen.

Die Vorgehensweise bei der Vereinbarung zwischen AA und BMZ sei „nicht gerade ein Paradebeispiel“ für eine gelungene Abstimmung zwischen Regierung und Parlament, hieß es aus der CDU/CSU-Fraktion. Vor allem der Haushaltsausschuss habe sich nicht einbezogen gefühlt. Zwar begrüße man das Ziel, die Effizienz und Kohärenz zu steigern, jedoch sei man skeptisch, ob die Not- und Soforthilfe beim AA genauso qualifiziert gehandhabt werden könne wie im BMZ.

Die SPD-Fraktion schloss sich der Kritik an. Gerade unter dem Aspekt der Lebensmittelhilfe stelle sich die Frage, warum die Nothilfe nicht beim BMZ belassen werde. Zudem sei für 680.000 Euro ein Gutachten zur Bewertung der deutschen humanitären Hilfe im Ausland in Auftrag gegeben worden, das jedoch noch nicht evaluiert worden sei. Dennoch seien die Strukturveränderungen bereits geplant worden.

Die FDP-Fraktion verteidigte die Pläne von AA und BMZ. Das Auswärtige Amt sei mit seinen Botschaften in rund 180 Ländern vertreten, vor Ort gut ausgestattet und erlebe die Katastrophen mit. Zudem sei es notwendig, „Mittel aus einem Guss“ zur Verfügung stellen zu können. Insgesamt stelle das Ergebnis der Beratungen zwischen AA und BMZ zufrieden und sei geeignet „klare Ansprechpartner und eine bessere Effizienz und Kommunikation vor Ort“ zu garantieren, konstatierte die FDP-Fraktion.

Wozu brauche man das BMZ noch, wenn die Zuständigkeiten sukzessive an das AA übergeben würden, wollte die Fraktion Die Linke wissen. Das sei zwar überspitzt gefragt, dennoch sei der Gedanke damit zu Ende gedacht. Die Zuständigkeiten müssten beim BMZ bleiben, forderte sie.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen widersprach der FDP-Fraktion. Sie glaube nicht, dass die Pläne von AA und BMZ der „Harmonisierung“ dienen. Zugleich wollte die Fraktion wissen, ob durch den Wechsel weiterhin langfristige Mittel genehmigt würden und ob die Fachlichkeit gewährleistet bleibe. Die Rückkopplung mit den Fachreferaten sei beim BMZ stets gut gelaufen.

Ulrich Kelber
Bonns Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 70026
Fax: 030 - 227 76008
ulrich.kelber@bundestag.de

Büro Bonn:
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel. 0228 - 280 3135
Fax. 0228 - 280 3136



AUSSEN

Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan beginnt

Seit zehn Jahren ist die Bundeswehr am ISAF-Mandat in Afghanistan beteiligt. Nun beginnt der Rückzug der deutschen Streitkräfte, und die Sicherheitsverantwortung wird Stück für Stück in afghanische Hände übergeben. Bis 2014 sollen die Kampftruppen das Land verlassen haben. Der Antrag der Bundesregierung zur Mandatsverlängerung bis Ende 2012 entspricht weitgehend den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion. Er wurde im Rahmen einer Regierungserklärung von Außenminister Westerwelle (FDP) am 15. Dezember 2011 in 1. Lesung im Bundestag beraten.

Zunächst war es Frank-Walter Steinmeier, der im September 2009 eine Abzugsperspektive für Afghanistan in einem 10-Punkte-Plan entwickelt hat. In Vorbereitung auf die Mandatsverlängerungen 2010 und 2011 hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit dem SPD-Parteivorstand zwei Afghanistan-Konferenzen mit mehreren hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern veranstaltet. Zudem haben die Sozialdemokraten jeweils ein umfangreiches Positionspapier vorgelegt. Die SPD hat sich für einen Strategiewechsel ausgesprochen, der auf eine politische Lösung der Konflikte in Afghanistan setzt und als Voraussetzung einen Versöhnungsprozess innerhalb des Landes auch mit den Taliban vorsieht. Die Sicherheitsverantwortung soll Schritt für Schritt an Afghanistan übergeben werden. Das erfordert eine verstärkte Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte. Ab 2011 sollte mit dem Rückzug der Kampftruppen begonnen werden.

Bundesregierung ist auf Kurs der SPD für eine Abzugsperspektive eingeschwenkt

Die SPD-Vorschläge lehnte die Bundesregierung ab und bezeichnete sie als „unrealistisch“ und „gefährlich“. Mittlerweile ist die Bundesregierung, trotz interner Auseinandersetzungen, auf den Kurs der SPD-Bundestagsfraktion eingeschwenkt. Auch die internationale Gemeinschaft ist sich einig, der militärische Auftrag in Afghanistan soll 2014 enden. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Gernot Erler erklärte in der Debatte, dass der vorliegende Mandatstext weitgehend der SPD-Position entspricht. Der im Regierungsantrag festgelegte Truppenrückzug im Jahr 2012 von 5350 Soldaten auf zunächst 4900 und im weiteren Jahresverlauf auf 4400 sei laut Erler bereits begonnen worden. So seien Ende November noch 5329 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stationiert gewesen, und bereits am 7. Dezember waren es nur noch 4991. Somit sei die erste Stufe des Abzuges bereits fast erreicht. Dieser beginnende Rückzug sei nur durch die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an afghanische Institutionen – der sogenannten Transition – möglich. Erler kündigte an, dass die SPD-Fraktion dem Regierungsantrag auf Fortsetzung der deutschen Beteiligung am ISAF-Mandat im Januar zustimmen werde.

Härtetest für die Übergabe der Sicherheitsverantwortung steht noch bevor

Dennoch bestünden Sorgen um die Zukunft Afghanistans, die sich zum Teil noch verstärken hätten. So könnte, sagte Erler, die Transition an „mangelhafter Ausbildung und lückenhaften Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte“ scheitern. Mittlerweile sind zwar 305.600 Soldaten und Polizisten in Afghanistan ausgebildet worden, wo mit das Ziel im kommenden Oktober erreicht werden kann. Aber, so mahnte Erler an, es gebe nur „vage Daten zur Qualität und zur Schwundquote und damit zur Nachhaltigkeit der Einsatzfähigkeit afghanischer Sicherheitskräfte“. Der Härtetest für die Übertragung der Sicherheitsverantwortung steht erst noch bevor. Denn seit Juli findet diese Transition in Gebieten mit eher ruhiger Lage statt. Auch die von Präsident Karsai am 27. November verkündete zweite Tranche der Gebiete, für die afghanische



Sicherheitskräfte die Verantwortung übernehmen sollen, umfasst vergleichsweise friedliche Gegenden. Dann stellt sich die Frage, welche Kräfte zu Land und in der Luft die afghanischen Sicherheitskräfte brauchen, um auch in den aktuell noch umkämpften Gebieten bis 2014 die Sicherheitsverantwortung übernehmen zu können.

Doch für einen Erfolg in Afghanistan kommt es auch auf die Verbesserung der Regierungsführung an. Erler warf die Frage auf, wie lange es noch dauern werde, bis Präsident Karsai und sein Umfeld verstünden, dass es ohne eine bessere Regierungsführung und Erfolge bei der Zurückdrängung der Korruption, der Alltagskriminalität und ohne Null-Toleranzpolitik gegenüber dem Netzwerk von Drogenanbau und -handel nicht möglich sein werde, das Land selbstständig zu regieren.

Konzept für Verantwortungsübergabe an Afghanistan notwendig

Der sicherheits- und verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, wies darauf hin, dass eine Mandatsverlängerung keine Routine sei. Der internationale Terror drohe zwar nicht mehr aus Afghanistan, doch benötige die gesamte Region Stabilität. Es kommt nun darauf an, zu beschreiben, wie das Ziel, bis 2014 die komplette Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände zu legen, erreicht werden kann. Die unterstützenden und logistischen Aufgaben durch die deutschen Streitkräfte in Mazar-e Sharif dürften sich nicht verstetigen. Deshalb sei ein Konzept für die Transition notwendig, das festlegt, welche Aufgaben und Fähigkeiten übergeben werden können. Gerade in der Vorweihnachtszeit mit all den Schwierigkeiten für die Soldaten und ihre Angehörigen, sei ihm wichtig, darauf hinzuweisen, dass die deutsche Gesellschaft zwar über die politische Fortsetzung des Einsatzes streite, doch es sei allen klar, dass die Soldaten in Afghanistan eine wichtige Aufgabe wahrnehmen.

Internationales Engagement in Afghanistan auch nach Truppenabzug

Die Botschaft, die von der Afghanistan-Konferenz am 5. Dezember 2011 in Bonn ausgehen sollte, lautet: Wir lassen Afghanistan nicht im Stich. Dies ist mit Blick auf die Erfahrungen, die Afghanistan nach dem Abzug der Sowjetunion in den 1990er-Jahren machte, ein wichtiges Signal.

Doch der Erfolg der Bonner Afghanistan-Konferenz sei laut dem Sprecher der Task-Force-Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Pflug, zu hinterfragen. Es gebe zwar die Zusage, dass sich die internationale Gemeinschaft auch nach 2014 langfristig in Afghanistan engagiere, doch konkrete Ergebnisse dazu werde es erst nach der Geberkonferenz in Tokio im kommenden Jahr geben.

Finanzierung des langfristigen Engagements in Afghanistan ab 2014 festlegen

Der aktuelle Fortschrittsbericht Afghanistan der Bundesregierung stellt fest, dass der Finanzbedarf Afghanistans bei Übernahme der Verantwortung steigen wird. Gleichzeitig haben die USA angekündigt, ihr Engagement in der Entwicklungshilfe von 4,5 Milliarden US-Dollar 2010 auf 1 Milliarde US-Dollar im Jahr 2014 zu reduzieren. Zusätzlich gibt es Anzeichen dafür, dass die USA anstatt der 6 Milliarden, die sie jährlich für die Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte aufwenden, künftig nur noch 3 Milliarden US-Dollar übernehmen werden. Die deutschen Aufwendungen im Bereich der Entwicklungshilfe bewegen sich im Millionenbereich, doch es drohen Milliardenbeträge zu fehlen, denn Afghanistan selbst bringt lediglich 1,7 Milliarden US-Dollar an Einnahmen auf. Dieser Widerspruch müsse im kommenden Jahr von der internationalen Gemeinschaft aufgelöst werden, forderte Pflug ein. Dazu müsse Außenminister Westerwelle ein tragfähiges Konzept zum Finanzbedarf und vor allem zur Finanzierung



der afghanischen Sicherheitskräfte zur NATO-Konferenz in Chicago und zur Geberkonferenz in Tokio vorlegen.

Des Weiteren kritisierte Pflug, dass in Bonn darauf verzichtet wurde, konkrete Bedingungen an Präsident Karsai zur Umsetzung der Reformen als Voraussetzungen für Zahlungen zu stellen. Auch das müsse auf den Konferenzen 2012 angegangen werden, sonst könne die Korruption nicht zurückgedrängt werden. Ende Januar wird der Bundestag über die ISAF-Mandatsverlängerung für die Bundeswehr abstimmen.

BÜRGERBETEILIGUNG

Mehr Demokratie in der Infrastrukturpolitik wagen

Die aktuellen Proteste gegen „Stuttgart 21“ und den Flughafen Berlin-Brandenburg International sowie die damit verbundenen Flugrouten machen deutlich, dass sich bei der Bürgerbeteiligung und der Planung von Infrastrukturprojekten einiges ändern muss. Deshalb erarbeitet die SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen ihres Projekts Zukunft ein Konzept, wie Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur transparenter im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern schneller geplant und umgesetzt werden können.

Das Konzept wurde im Dialog mit Verbänden, Wirtschaft, wissenschaftlichen Experten und Bürgerinitiativen erarbeitet. Sie konnten zu einem ersten Dialogpapier Stellung beziehen und wurden in Workshops eingebunden. Das daraus entstandene Papier, das die SPD-Fraktion am 13. Dezember beschlossen hat, steht ab Mitte Januar für die breite Öffentlichkeit zur Weiterentwicklung im Internet bereit. Nach dieser Bürgerbeteiligung wird ein endgültiges Konzept beschlossen, das gegebenenfalls auch als Antrag in den Bundestag eingebracht wird. Ziel der SPD-Fraktion ist es, einen Leitfaden für eine moderne Infrastrukturpolitik für die Zeit nach 2013 zu entwickeln.

Bürgerinnen und Bürger sollen früher einbezogen werden

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass künftig gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entschieden wird, welche Infrastruktur unser Land braucht. Deshalb sollen sie bereits bei der Frage, ob ein Projekt überhaupt realisiert werden soll, mit einbezogen werden. Dazu muss die Öffentlichkeit bei der Bundesverkehrswegeplanung und bei der Netzplanung für Energieleitung frühzeitig beteiligt werden. Den Sozialdemokraten geht es um einen neuen Politikansatz, der in der Tradition der SPD seit Willy Brandt verhaftet ist: mehr Demokratie wagen!

Die Bürgerinnen und Bürger sollen bereits mitentscheiden, wenn es um den Verlauf von Trassen für Verkehrswege oder Energieleitungen geht. Dazu sollen sie verpflichtend im Vorverfahren vor der Planfeststellung beteiligt werden. Es soll einen verpflichtenden öffentlichen Vorerörterungstermin geben und alle Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit haben, schriftlich entweder online oder per Brief Stellung zu nehmen.

Alle Genehmigungsbehörden und öffentliche Träger von Planungen sollen einen Bürgeranwalt einsetzen, der die Bürgerinnen und Bürger in allen Fragen der Beteiligung berät und darauf achtet, dass alle Beteiligungsrechte eingehalten werden. Durch die frühere Einbindung sollen Konflikte minimiert und Klagen verhindert werden. Bürgerbeteiligung ist für die Sozialdemokraten kein Widerspruch – ganz im Gegenteil.



Bürgerbeteiligung auf Bundesebene

Volksbegehren und Volksentscheide sollen zu Grundsatzfragen der Infrastrukturentwicklung auf Bundesebene zugelassen werden, also z. B. zu den Bedarfsplänen für Bundesverkehrswege und zum Netzausbau im Energieleitungsbereich.

Bürgerbeteiligung beim Bau von Flughäfen und von Flugrouten verbessern

Die Deutsche Flugsicherung soll verpflichtet werden, bei der Festlegung der An- und Abflugrouten die Öffentlichkeit bereits bei der Vorplanung zu beteiligen. Bei der Planfeststellung von Flughäfen und neuen Landebahnen sollen in einem noch festzulegenden Radius rund um den Flughafen alle Gemeinden und Bewohner das Recht auf Einwendungen und Anhörung haben. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Flugrouten jederzeit neu festgelegt werden können und damit neue Gemeinden betroffen sind.

2012 will die Projektgruppe Infrastrukturkonsens weitere Dialogpapiere zu folgenden Themen vorlegen:

- Neuausrichtung des Bundesverkehrswegeplans
- Bürgerfreundliche Planung neuer Energietrassen
- Flächendeckende Breitbandversorgung

EUROPA

Debatte: Steinmeier zerpfückt Merkels Verhalten beim EU-Gipfel

Es sollte ein krönender Abschluss für das Jahr 2011 werden: Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vom 8. Bis 9. Dezember. Doch auch dieser Gipfel vermochte die drängenden Probleme der Refinanzierungskrise der Euro-Staaten nicht zu lösen. Insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist auf ganzer Linie gescheitert: Weder gelang es ihr, alle Mitgliedstaaten, vor allem Großbritannien, zu überzeugen, die EU-Verträge so zu ändern, dass die Weichen hin zu einer Stabilitäts- und Fiskalunion gestellt werden, noch wurden weitere Schritte zur Lösung der Krise hinreichend vereinbart.

Diese von Beginn an eindimensionale, konturlose Strategie der Bundesregierung hat die Finanzmärkte destabilisiert und den Euro-Raum an den Rand einer Rezession getrieben. In seiner Replik auf Angela Merkels Regierungserklärung am 14. Dezember sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier vor dem Parlament, dass Merkel eine Regierung leite, die ihr „um die Ohren“ fliege, die sich bislang in Gestalt der FDP nicht gerade für ein stabiles Europa eingesetzt habe. „Die Existenzkrise der FDP hat auch mit Europa zu tun, weil die Liberalen unfähig sind, Entscheidungen mitzutragen“, konstatierte Steinmeier.

Die vermeintlichen Lösungen des Gipfels kritisierte er als unzureichend und zu vage. Zwar klinge es schön, zu sagen, es gebe einen neuen zwischenstaatlichen Vertrag mit 24 oder 25 Mitgliedstaaten, wenn nicht alle wollten. Doch, so Steinmeier: „Damit begeben wir uns auf einen politisch-rechtlich unsicheren Weg, das beruhigt doch nicht die Märkte, das verunsichert!“ Steinmeier intendierte hier auch auf Länder wie etwa Tschechien, Ungarn, Dänemark und Finnland, in denen es politisch rumort ob der Gipfelbeschlüsse. Steinmeier merkte auch an, dass die EU-Kommission angedeutet hat,



dass der Lissabon-Vertrag wohl rechtlich Vorrang vor neuen Vertragsformen hat. Das bedeutet, wenn ein Land sich in Bezug auf die Vertragsänderungsinhalte auf Lissabon bezieht, hat dessen Inhalt Vorrang. Das wirft weitere Problematiken auf.

Versuche, das Parlament zu umgehen

Nach Steinmeiers Auffassung rächt sich nun auch der berühmte Strandspaziergang der Kanzlerin mit Frankreichs Präsident Sarkozy, auf dem beide die Vorschläge des EU-Kommissions-Chefs Barroso zu Schuldenbremsen ignorierten, die der zuvor unterbreitet hatte. Steinmeier sagt: „In Frankreich deutet Sarkozy die Ergebnisse des Gipfels komplett anders als Frau Merkel. Er sieht besonders die Rolle der EZB gestärkt in ihrer operativen Führung des ESM. Was gilt denn nun? Ihre Deutung hier vor diesem Hohen Hause oder die Auslegung von Präsident Sarkozy?“

Erneut, so analysierte Steinmeier, versuche die Regierung Merkel das Parlament außen vor zu halten bei Entscheidungen zur Euro-Rettung. Das bezieht sich insbesondere auf den neuen Vorschlag, die Mittel des Internationalen Währungsfonds (IWF) um 200 Milliarden Euro zu erhöhen. Das würde wohl so funktionieren, dass die Bundesbank den deutschen Anteil an den IWF überweist und es über den Weg wieder an/nach Europa zurückfließt. „Das sind teure Konstruktionen, mit denen Sie nur den Bundestag umgehen wollen“, sagte Steinmeier.

Er kritisierte, dass zum wiederholten Male ein Gipfel mit vermeintlichen Rettungsmaßnahmen beendet wurde, ohne dass dort auch nur ansatzweise über Wachstumsimpulse gesprochen worden sei. „Wie soll in Europa Wachstum entstehen?“, fragte Steinmeier die Kanzlerin in der Debatte.

Merkels gewagte Thesen über die Sorgenländer

Still und heimlich sei auch die zuvor vollmundig angekündigte Gläubigerbeteiligung beerdigt worden. Steinmeier: „Es kann nicht sein, dass nun alles wieder wie vorher ist – alle Kosten der Krisen bleiben beim Steuerzahler hängen.“ Hier müsse nun endlich die Besteuerung der Finanzmärkte eingeführt werden. „Die meiste Arbeit liegt noch vor uns“, sagte der Fraktionschef.

In ihrer Erklärung am 14. Dezember ließ sich Angela Merkel zu der gewagten These hinreißen, in den Sorgenländern sei alles auf einem guten Weg. Dazu ein paar Anmerkungen:

- Irland profitierte 2010/2011 noch von der robusten Weltkonjunktur. Für 2012 stehen die Zeichen nun aber weltweit auf Abschwung – mit schlimmen Folgen für Irland: Jüngste Wachstumsprognosen für 2012 liegen nur noch bei 0,9 Prozent, also gerade einmal gut einem Drittel des von der Troika bislang angenommenen Wertes von 2,5 Prozent. Bei so geringem Wachstum können die Defizitziele für 2012 aber nicht erreicht werden.
- Griechenlands Haushaltsdefizit läuft völlig aus dem Ruder. Nach den nun veröffentlichten Zahlen des griechischen Finanzministeriums muss mit einer Defizitquote von rund 12 Prozent gerechnet werden – mehr als im Vorjahr und fast doppelt soviel wie von der Troika noch im Sommer veranschlagt. Dazu kommen verheerende Berichte von OECD und IWF zum Stand der Umsetzung der Reformen.



- Italien musste bei der aktuellen Auktion von Staatsanleihen den höchsten Zins seit Bestehen der Eurozone bieten: 6,47 Prozent. Im November waren es bei einer vergleichbaren Auktion lediglich 6,29 Prozent gewesen. Das gesamte Bankensystem hat seit dem Sommer den Marktzugang verloren und wird nur noch durch die EZB versorgt.
- Die Arbeitslosigkeit in Spanien erreicht ständig neue Rekordwerte – im November 22,8 Prozent. Das ist mehr als eine Verdopplung seit Ausbruch der Finanzkrise. Die Jugendarbeitslosigkeit erreichte den Rekordwert von 48,9 Prozent. Wie lange hält eine Gesellschaft das aus?

Nicht zuletzt angesichts dieser erschreckenden Fakten und der dahinrinnenden Zeit und der anhaltenden Irritationen an den europäischen Finanzmärkten hat die SPD-Fraktion einstimmig einen Entschließungsantrag (Drs. 17/8135) beschlossen, der am 14. Dezember in den Bundestag eingebracht wurde.

Im Kern fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf:

- Sich dafür einzusetzen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion ausgebaut wird. Ziel muss bleiben, den jetzt entstehenden neuen Vertrag in europäisches Gemeinschaftsrecht zu überführen. Europäisches Parlament und nationale Parlamente sollten in jeder Stufe beteiligt werden;
- Sich neben den avisierten Vertragsanpassungen aktiv für eine Weiterentwicklung der europäischen Institutionen einzusetzen. Das EU-Parlament muss mittelfristig zu einem vollwertigen europäischen Gesetzgeber werden mit eigenem Gesetzesinitiativrecht. Die Mitglieder der EU-Kommission sollen von diesem Parlament gewählt und damit zu einer demokratisch legitimierten Wirtschaftsregierung werden;
- Sich dafür stark zu machen, dass die Währungsunion durch tendenziell ausgeglichene Leistungsbilanzen stabilisiert wird. Dazu gehört, dass Defizitländer die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft verbessern und Überschussländer ihre Binnennachfrage insbesondere durch Lohnsteigerungen stärken. Nur wenn das zu starke Auseinanderdriften der Volkswirtschaften in der Währungsunion verhindert wird, kann ein starker gemeinsamer europäischer Markt im globalen Wettbewerb bestehen;
- Dass neben den Spar- auch Wachstumsprogramme für die überschuldeten Mitgliedstaaten aufgelegt werden. Haushaltskonsolidierung kann nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht allein durch einseitige Ausgabenkürzung und Strukturreformen erreicht werden – es bedarf auch der Verknüpfung mit sozialer Sicherheit;
- Den ESM-Vertrag unverzüglich zu finalisieren und den nationalen Parlamenten zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) muss über wenige, aber wirksam anwendbare und klare Instrumente und Verfahrensregeln verfügen. Die EZB soll ihr Ankaufprogramm für Staatsanleihen nicht fortsetzen müssen. Bei anhaltendem Marktversagen darf dabei auch eine Zwischenfinanzierung des ESM durch verzinsliche Darlehen der EZB nicht ausgeschlossen werden. Wichtig ist die parlamentarische Beteiligung;



- Die geltenden Rechtsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, des europäischen Semesters, der Verordnungen zur Vermeidung schädlicher wirtschaftlicher Ungleichgewichte zu einem einheitlichen Regelkatalog zusammenzufassen;
- Schließlich soll sich die Bundesregierung dafür stark machen, dass ein europäischer Schuldentilgungsfonds für Altschulden der Euro-Staaten gemäß den Vorschlägen des Sachverständigenrates geprüft und so umgesetzt wird, dass er mit europäischem Recht und nationalen Rechtsvorschriften vereinbar ist;
- Es muss endlich eine Finanztransaktionssteuer umgesetzt werden – zumindest in den Staaten des Euro-Raumes. Auf diese Weise kann der Finanzsektor an den Kosten beteiligt und Wirtschaftswachstum sichergestellt werden.

GESUNDHEIT

Bei Insolvenz von Krankenkassen: Versicherte und Beschäftigte schützen

Bei der Schließung der City-BKK mussten wir Bilder sehen von alten Menschen, die auf der Suche nach einer neuen Krankenkasse in einer langen Schlange vor der Geschäftsstelle einer Kasse warten. Dieser rechtswidrige Umgang von gesetzlichen Krankenversicherungen mit den Versicherten der insolventen City-BKK ist würdelos. Es schadet dem Ansehen der gesetzlichen Krankenversicherung und erschüttert das Vertrauen der Versicherten in die Solidarität innerhalb unseres Gesundheitssystems.

Es muss sichergestellt sein, dass bei einer Kassenschließung oder einer Insolvenz die Versicherten keine Nachteile haben. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag „Folgen von Kassenschließungen – Versicherte und Beschäftigte schützen, Wettbewerb stärken, Zusatzbeiträge abschaffen“ (Drs. 17/6485) in den Bundestag eingebracht. Er wurde am 15. Dezember erstmalig im Parlament beraten.

Darin fordert die SPD-Fraktion, dass für die Versicherten keine Lücken im Versicherungsschutz oder im Leistungsbezug (z. B. Krankengeld) entstehen dürfen, wenn ihre Kasse schließen oder Insolvenz anmelden muss. Außerdem müssen für die Beschäftigten der Krankenkasse die Sozialstandards, wie sie rechtlich bei Unternehmensschließungen geregelt sind, eingehalten werden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihren Zusatzbeiträgen den Wettbewerb der Krankenkassen pervertiert. Die Kassen müssen um jeden Preis versuchen, Zusatzbeiträge zu vermeiden. Darunter leiden vor allem alte, kranke und behinderte Menschen, die von Krankenkassen als schlechte Risiken eingestuft werden.

Eine Kasse soll dann erfolgreich sein, wenn sie es schafft, für ihre Versicherten eine gute und wirtschaftliche Versorgung zu organisieren, und nicht, wenn sie es schafft, Alte, Kranke und Behinderte abzuweisen. Die Sozialdemokraten fordern deshalb einen vollständigen Ausgleich der unterschiedlichen Krankheitsrisiken bei den Kassen. Darüber hinaus sollen sozial ungerechte Zusatzbeiträge abgeschafft und statt dessen wieder zu einer paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung zurückgekehrt werden.



GLEICHSTELLUNG

„Berliner Erklärung“ für mehr Gleichstellung im Beruf

Eine Gruppe von Frauen aller Bundestagsfraktionen setzt sich für eine gesetzliche Frauenquote in den Führungsetagen großer Unternehmen ein. „Es wird höchste Zeit für gleiche Chancen von Frauen“, sagte SPD-Fraktionsvize Dagmar Ziegler, eine der Initiatorinnen der „Berliner Erklärung“. Auch Christine Lambrecht, ebenfalls stellvertretende Fraktionschefin, begrüßte die Initiative als ersten Schritt: „Endlich setzt sich die Erkenntnis durch, dass wir mit freiwilligen Vereinbarungen nicht weiterkommen.“

„Die Zeit ist reif für eine verbindliche gesetzliche Regelung zur geschlechtergerechten Besetzung von Entscheidungsgremien der Wirtschaft, wie Aufsichtsräte und Vorstände“, heißt es in dem heute veröffentlichten Aufruf. Die Initiatorinnen fordern in ihrer „Berliner Erklärung“ in einem ersten Schritt eine Quote von mindestens 30 Prozent für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen. Zu den Erstunterzeichnerinnen gehören neben Abgeordneten aller Fraktionen auch Frauen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Kirchen und Sport.

CDU/CSU und FDP ringen um klare Position

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler sagte, es gehe nun nicht mehr um die Frage des Ob, sondern nur noch um die Frage des Wie einer gesetzlichen Frauenquote in Unternehmen. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft seien wirkungslos geblieben. Ziegler verwies auf die vielen europäischen Nachbarländer, in denen entsprechende Quotenregelungen längst Gesetz sind. In Deutschland bleiben Frauen hingegen mit rund zehn Prozent in Aufsichtsräten und zwei Prozent in Vorständen deutlich unterrepräsentiert. Deshalb sei es der gemeinsame Wille der Initiatorinnen, die Entwicklung durch eine gesetzliche Regelung positiv zu befördern.

SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht begrüßte die „Berliner Erklärung“. „Schon viel zu lange ringen CDU/CSU und FDP um eine klare Position“, kritisierte sie. Die „Berliner Erklärung“ sei ein erster Schritt.

SPD-Fraktion macht sich weiter für 40-Prozent-Quote stark

Die SPD-Gleichstellungspolitikern Christel Humme und Caren Marks sagten, Bundesfrauenministerin Kristina Schröder (CDU) werde sich in diesem Winter „noch warm anziehen müssen“: Gegenwind für ihre so genannte „Flexi-Quote“ schlage ihr nun nicht nur aus der eigenen Partei entgegen, sondern auch aus CSU und FDP.

Zugleich betonten alle SPD-Politikerinnen, dass die SPD-Bundestagsfraktion an ihrem Ziel festhält, über die Forderungen der „Berliner Erklärung“ hinaus eine gesetzliche Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte von 40 Prozent gesetzlich festzuschreiben. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der SPD kündigten die Sozialdemokratinnen für Anfang kommenden Jahres an.



INNERES

Deutsche Einheit: Deutschlands soziale Einheit muss endlich vollendet werden

Die Zahlen zur Arbeitslosenquote, zum Einkommen oder zur Wirtschaftskraft in Ost und West sprechen für sich: Auch 20 Jahre nach der Deutschen Einheit sind die sozialen Unterschiede zwischen Ost und West immer noch da – zum Teil sehr deutlich. Das hat auch die Bundesregierung in ihrem Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2011 festgestellt. Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion versäumt es die Regierung allerdings, eine wirkliche Angleichung der Lebensverhältnisse voranzubringen. In ihrem Entschließungsantrag (Drs. 17/8152) fordert sie die Bundesregierung daher auf, die Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur obersten Priorität zu machen.

In vielen entscheidenden Zukunftsfragen sind die ostdeutschen Länder zunehmend gut aufgestellt. Erfreulich ist u. a., dass seit 2005 der ostdeutsche Arbeitsmarkt konstant Beschäftigungszuwächse verzeichnet. Bestimmte Wirtschaftszweige, wie z. B. im Bereich der Erneuerbaren Energien oder der Luft- und Raumfahrt, sind gerade in den ostdeutschen Ländern sehr erfolgreich. Auf das bereits Erreichte kann Ostdeutschland stolz sein.

Kehrseite der Medaille

Ehrlicherweise ist dies aber nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite zeigt deutlich, dass die soziale Einheit noch immer nicht vollendet ist. Der Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West ist vielmehr zum Erliegen gekommen – auf Grund der Untätigkeit der schwarz-gelben Regierung. Die Bundesregierung verweigert sich der nationalen Aufgabe, für eine gerechte Verteilung der Fördergelder zu sorgen. Sie setzt die gesamtdeutsche Solidarität zugunsten partikularer Interessen wissentlich aufs Spiel und gefährdet damit die Vollendung der Einheit unseres Landes.

Nicht nur, dass die Unterschiede der Einkommen nach wie vor eklatant sind, auch die Arbeitslosenquote in Ost und West spricht eine deutliche Sprache: 10,2 Prozent im Osten, 5,5 Prozent im Westen (Stand November 2011). Und das trotz Abwanderungstendenzen und Geburtenknick. Die massiven Einschnitte bei der aktiven Arbeitsmarktförderung durch die Regierungskoalition verschärfen die Lage. Ähnlich destruktiv geht die Koalition mit den Themen Rentenangleichung und Altersarmut um – auch hier fehlt ein tatsächlicher Plan.

Beibehaltung von Solidarpakt und Solidaritätszuschlag

Für die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag steht fest: Der Solidarpakt und der Solidaritätszuschlag müssen bleiben. Mit der Vereinbarung zum Solidarpakt II aus dem Jahr 2001 unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde die Finanzausstattung der ostdeutschen Länder auf eine sichere Grundlage gestellt. Daran darf auch die amtierende Bundesregierung nicht rütteln. Und auch der Solidaritätszuschlag – der im Übrigen entgegen vieler Behauptungen auch von den Bürgerinnen und Bürgern in Ost-Deutschland gezahlt wird – ist immer noch nötig. Nur so können Regionen in Ostdeutschland, die zunehmend entleeren und die nicht zu den prosperierenden Metropolen zählen, vor einer dauerhaften Abkopplung von einer positiven Entwicklung bewahrt werden.



Bessere Bedingungen schaffen in griechischen Flüchtlingslagern

Hunderttausende Migranten versuchen jedes Jahr, einen Weg nach Europa zu finden. Nach Schätzungen wählten 2010 rund 90 Prozent davon den Weg über die 200 Kilometer lange Land- und Flussgrenze zwischen der Türkei und Griechenland.

Die Aufgegriffenen werden in Auffanglager in Grenznähe gebracht; in Griechenland werden sie je nach Status und vermutetem Herkunftsland bis zu sechs Monate festgehalten. Doch die Zustände in diesen Lagern sind entsetzlich. Die Unterbringung von Flüchtlingen in griechischen Auffanglagern ist gar menschenunwürdig. Oft müssen sie ohne Warmwasser und Heizung, ohne medizinische Versorgung ausharren, meist ohne eigene Matratzen zum Schlafen.

Menschenrechtskonventionen einhalten

Griechische Behörden zeigen jedoch wenig politischen Willen, das zu ändern. In einem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/7979) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, sich zügig für eine Verbesserung der Situation einzusetzen. Der Antrag wurde am 15. Dezember ins Parlament eingebracht. Darin verlangen die Abgeordneten: Griechenland muss bei der Abrufung europäischer Mittel unterstützt werden. Asylsuchende dürfen nur inhaftiert werden, insoweit EU-Richtlinien und die Europäische Menschenrechtskonvention das erlauben.

Rücküberstellungen von Asylbewerbern nach Griechenland sollen bis zu einer Verbesserung der Zustände ausgesetzt werden. Die EU-Kommission muss die Voraussetzungen für ein Vertragsverletzungsverfahren gegenüber Griechenland prüfen. Der Einsatz von Bundespolizistinnen und -polizisten im Rahmen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex muss rechtlich gesichert sein.

KLIMASCHUTZ

Klimakonferenz in Durban: Große Herausforderungen, kleine Antworten

Die Auswirkungen des Klimawandels werden überall auf unserem Planeten sichtbar. In Bayern gab es Waldbrände im November, Inselstaaten sind vom steigenden Meeresspiegel bedroht, Gletscher ziehen sich zurück und Unwetter führen zu verheerenden Überflutungen. Angesichts dieser Herausforderungen ist das Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Durban als ein zu kleiner Schritt zu bewerten. Doch um die durchschnittliche Erderwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten, muss sofort gehandelt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die eigenen Klimaschutzaktivitäten zu verstärken, Zusagen an Entwicklungsländer einzuhalten, neue Allianzen einzugehen und sich in der EU für das 30-Prozent-Treibhausgasreduktionsziel einzusetzen.

Die Ergebnisse von Durban

Die internationale Staatengemeinschaft hat mit der Verabschiedung der „Durban platform“ eine Tür geöffnet, den Kampf gegen den Klimawandel mit großer Verspätung dennoch aufzunehmen. Bis 2020 soll ein verbindliches Vertragswerk entstehen, das nicht nur die Industrieländer, sondern auch die schon weit entwickelten Schwellenländer zur CO₂-Minderung verpflichtet. Die USA, China und Indien sollen also dabei sein. Bis 2015 soll das neue Abkommen ausverhandelt sein und nach der Ratifikation durch die Mitgliedstaaten bis 2020 in Kraft treten. Mit der Einigung soll



auch das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll verlängert werden, um die Zeit bis zu dem neuen Vertrag zu überbrücken. Zu dem Kyoto-Prozess bekennen sich aber nur noch Staaten, die 15 Prozent der Treibhausgas-Emissionen verursachen. Kanada hat nach der UN-Klimakonferenz seinen Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll erklärt. Außerdem soll 2012 ein Arbeitsprogramm für den Grünen Klimafonds beschlossen werden.

Am 16. Dezember diskutierte der Bundestag im Rahmen einer Regierungserklärung die Ergebnisse des Gipfels, der vom 28. November bis 11. Dezember im südafrikanischen Durban stattfand. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag (Drs. 17/8154) eingebracht.

Schönrederei über die UN-Klimakonferenz verdunkle die eigentlichen Herausforderungen, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch, in Richtung von Bundesumweltminister Röttgen (CDU). Es sei völlig unklar, was für ein Abkommen bis 2015 verhandelt werde und was das Ergebnis der Verhandlungen sein werde. Auch sei völlig offen, ob es sich um ein rechtsverbindliches Abkommen handeln werde.

Zusagen an Entwicklungsländer einhalten

Die Bundesregierung hätte ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt, weil sie Zusagen an die Entwicklungsländer nicht einhalte, sondern z. B. die „Fast-Start“-Mittel für schnelle Anpassungen in Entwicklungsländern an die Auswirkungen des Klimawandels mit anderen Zahlungen in der Entwicklungshilfe verrechne. Auch in den Grünen Klimafonds, in den die Industrieländer zur Unterstützung der armen Länder bis 2020 100 Milliarden US-Dollar einzahlen sollen, ist noch kein einziger Cent geflossen. Alle Zusagen, die im Bereich des Klimawandels gemacht würden, müssten zusätzliche Mittel sein, forderte Miersch.

Neue Allianzen eingehen

Die UN-Klimakonferenz wurde von den Rednern der SPD-Bundestagsfraktion zwar als wichtige Plattform des Klimaschutzes bezeichnet, dennoch erreiche sie nicht die Dynamik, die notwendig wäre, um den Klimaschutz voran zu bringen. Deshalb sollten neue Allianzen eingegangen werden. In Durban sei sichtbar geworden, dass es in einigen kleineren Ländern Bewegung im Klimaschutz gebe, berichtete der stellvertretende umweltpolitische Sprecher Frank Schwabe. Gleichzeitig drückte er sein Erstaunen über die Zurückhaltung des Bundesumweltministers und der Kanzlerin nach dem Austritt Kanadas aus dem Kyoto-Protokoll aus.

Die Finanz- und die Klimakrise müssten zusammen gedacht werden. Denn wer in die Wirtschaft von morgen investieren wolle, investiere in Klimaschutz-Technologien. Deshalb solle Deutschland voran und nicht mit den Bremsern gehen. Seit 1998 seien in Deutschland viele Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien entwickelt worden. Das Ziel sei eine zukunftsgerechte Wirtschafts- und Energiepolitik. Fraktionsvize Ulrich Kelber forderte einen Grenzausgleich über Zölle für Waren aus Ländern, die keine Anstrengungen für den Klimaschutz unternehmen.

32 plus 32 Länder für den Klimaschutz

In ihrem Entschließungsantrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, sich bis zum Mai 2012 dafür einzusetzen, dass für die EU bis 2020 das 30-Prozent-Ziel für die Reduktion von Treibhausgasen gegenüber 1990 gilt. Geschieht dies nicht zerfällt der Handel mit Emissionszertifikaten, deren Preis schon heute nur noch 6,50 Euro pro Zertifikat beträgt.



Des Weiteren soll schnellstmöglich bekanntgegeben werden, aus welchen Bereichen die Finanzierung des Grünen Klimafonds sichergestellt werden soll. Größtenteils muss es eine öffentliche Finanzierung sein, doch auch der internationale Flug- und Schiffsverkehr soll einen Beitrag leisten.

Neben dem UN-Klimaprozess soll es neue Allianzen der fortschrittlichen Staaten geben, um mehr Verbindlichkeit, ambitionierte Zusagen zur Treibhausgasreduktion sowie zur Finanzierung zu erreichen. Dazu schlagen die Sozialdemokraten zunächst eine Klimaschutz-Allianz von 32 europäischen Staaten – darunter alle EU-Mitglieder – mit 32 Schwellen- und Entwicklungsländern Afrikas und Lateinamerikas vor. Diese 64 Staaten sollen auf allen internationalen Treffen und in allen internationalen Organisationen geschlossen auftreten. Mit einem Emissionshandel innerhalb dieser 32plus32-Allianz soll eine saubere Entwicklung gefördert werden.

Außerdem fordern die Sozialdemokraten, dass die Bundesregierung eine konsequente Klimapolitik betreibt und ihre Klimaschutzziele verbindlich in einem Klimaschutzgesetz festlegt.

RECHT

Schutz der Verbraucher vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher werden Opfer von sogenannten Kostenfallen im Internet. Über Anzeigen auf Suchmaschinen locken unseriöse Unternehmen Internetnutzerinnen und -nutzer auf ihre Seiten. Dort werden Verbrauchern Dienste oder Software angeboten, die es im Internet im Normalfall kostenlos gibt. Im guten Glauben geben die Betroffenen ihren Namen und ihre Adresse für eine vermeintliche Kundenregistrierung an – und haben einen kostenpflichtigen Vertrag bzw. ein teures Abo abgeschlossen. Dabei werden die Verbraucher mittels unklarer, irreführender Gestaltung der Internetseite über die Kostenpflichtigkeit des Angebots getäuscht, z. B. weil der Hinweis auf die Kostenpflichtigkeit in den allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) bzw. im Kleingedruckten versteckt ist oder erst sichtbar wird, wenn der Bildschirm heruntergescrollt wird.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert seit langem ein schärferes Vorgehen gegen Internetbetrug und hat deshalb bereits Mitte 2010 einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Vertragsabschlüssen im Internet (Drs. 17/2409) vorgelegt, den die Regierungsfractionen im November letzten Jahres mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer einheitlichen europäischen Lösung abgelehnt haben.

Die von den Sozialdemokraten geforderte sogenannte „Button-Lösung“ sieht vor, dass ein im Internet geschlossener Vertrag nur dann wirksam ist, wenn die Verbraucherin oder der Verbraucher vor der Bestellung durch einen hervorgehobenen und deutlich gestalteten Hinweis („Button“) über den Preis informiert werden und dies durch Anklicken bestätigen. Dass die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf (Drs. 17/7745) die „Button-Lösung“ jetzt endlich einführen will, ist ein überfälliger Schritt, den die SPD-Fraktion – auch wenn er für viele betroffene Verbraucher zu spät kommt – ausdrücklich begrüßt.



RENTEN

Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in Deutschland

Auch nach mehr als zwanzig Jahren Deutsche Einheit und der erfolgreichen Überleitung der DDR-Alterssicherung existiert in Ost- und Westdeutschland kein einheitliches Rentenrecht. Trotzdem bleibt die Rentenüberleitung eine Erfolgsgeschichte und eine große Leistung aller Bürgerinnen und Bürger in Ost und West.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem einzuführen. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Koalition mit ihrer Großen Anfrage „Zwanzig Jahre Rentenüberleitung – Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in Deutschland“ (Drs. 17/5540) dazu bringen, zu erklären wie sie ihr Ziel erreichen will. Dazu fand am 15. Dezember 2011 eine Debatte statt, in der auch zwei weitere SPD-Anträge zur Angleichung der Renten in Ost und West (Drs. 17/6487 und 17/6486) debattiert wurden.

Will Schwarz-Gelb noch ein einheitliches Rentensystem in Ost- und Westdeutschland?

Die Antwort der Bundesregierung ist mangelhaft. Die Bundesregierung stiehlt sich aus der Verantwortung für ihr im Koalitionsvertrag festgeschriebenes Ziel eines einheitlichen Rentensystems in Ost- und Westdeutschland. Sie beantwortet nicht die Fragen zu den unterschiedlichen Modellen zur Angleichung der Renten. Auch die vorhandenen Daten hat sie nur unzureichend aufgearbeitet, und im „Regierungsdialog Rente“ spielt die Angleichung der Renten in Ost- und West keine Rolle.

Sollte die Bundesregierung bei der Angleichung der Rentensysteme vorankommen wollen, so muss sie dafür den gesellschaftlichen Konsens suchen, einen solchen Prozess wird die SPD-Fraktion unterstützen.

Zu den offenen Fragen der Rentenüberleitung gehört auch die Ungleichbehandlung, wonach rentenrechtlich pauschal bewertete Versicherungszeiten noch immer zu unterschiedlichen Rentenanwartschaften in Ost und West führen. Eine Erziehungszeit, die heute in Ostdeutschland erbracht wird, ist genauso viel wert wie in den alten Bundesländern und muss nach zwanzig Jahren deutscher Einheit denselben Rentenzahlbetrag ergeben. Gleiches gilt für Pflegezeiten für Angehörige, für Zivildienst- und Wehrdienstzeiten sowie für Zeiten der Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen. Für diese gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, für die Beiträge zur Rentenversicherung aus Steuermitteln finanziert werden, soll es zukünftig einheitliche Rentenanwartschaften in West- und Ostdeutschland geben. Dies fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag.

Einrichtung eines Härtefallfonds

Ein weiterer Antrag widmet sich der berechtigten Kritik großer Teile der ostdeutschen Öffentlichkeit, dass Anwartschaften einzelner Berufsgruppen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen unzureichend im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) erfasst werden. Das hat von Beginn an zu Protesten, Petitionen und Klagen durch alle gerichtlichen Instanzen geführt. Aus grundsätzlichen sozialpolitischen Erwägungen und wegen sozialer Verwerfungen, die durch die Unterschiedlichkeit der beiden Rentensysteme entstanden sind, muss für Härtefälle ein sozialer Ausgleich geschaffen werden. Dieser soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuermitteln finanziert werden. Hierzu soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die die Kriterien



für die Anerkennung von „Härten“ und die Ausgestaltung eines „Härtefallfonds“ entwickeln soll.

2012 nicht in Rente ab 67 einsteigen

Anlässlich der Debatte zur Rente ab 67 Jahren im Bundestag hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag ins Parlament eingebracht. Darin stellen die Sozialdemokraten klar, dass Entscheidungen über die gesetzliche Altersvorsorge nicht von der Situation auf dem Arbeitsmarkt isoliert getroffen werden können.

Die SPD bekräftigt erneut, dass die schrittweise Einführung der Erhöhung des Rentenregelaltersgrenze ab 2012 nicht vorgenommen werden soll. Erst wenn mindestens 50 Prozent der 60 bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, dürfe die Anhebung des Renteneintrittsalters erfolgen.

Um das zu erreichen sollten die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter im bisherigen Umfang genutzt werden. Doch mit den Kürzungen in diesem Bereich sowie in der Weiterbildung entziehe sich die Bundesregierung laut Antrag ihrer Verantwortung, eine längere Beschäftigung für ältere Menschen zu ermöglichen. Der Entschließungsantrag entspricht dem Beschluss des SPD-Bundesparteitags.

Überprüfungsklausel zur Rente mit 67 war richtig

Aus gutem Grund haben die Sozialdemokraten 2007 in der Großen Koalition darauf bestanden, dass der Beginn der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsaltes mit der Überprüfung der Beschäftigungssituation Älterer verknüpft ist. Die schwarz-gelbe Bundesregierung redet sich die Zahlen schön und drückt sich vor der Tatsache, dass allein die Anhebung der Regelaltersgrenze nicht sicherstellt, dass die Beschäftigten das Renteneintrittsalter auch erreichen.

Langfristig bleibt die Anhebung des Renteneintrittsalters sozial- und wirtschaftspolitisch notwendig. Bei einem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, bei einem späteren Eintritt von jungen Menschen ins Arbeitsleben und weil künftig immer mehr Ältere immer weniger Jüngeren gegenüberstehen, kann die gesetzliche Rentenversicherung so als Grundlage der Altersvorsorge gestärkt werden. Dennoch muss die Regierung, bevor das Renteneintrittsalter tatsächlich angehoben wird, die entscheidende Frage beantworten können: Ist die überwiegende Zahl der Menschen bis zum Renteneintrittsalter sozialversicherungspflichtig beschäftigt, und welche Qualität hat diese Beschäftigung?

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte aus den genannten Gründen bereits 2010 einen umfassenden Antrag zur Verschiebung des Eintiegs in die Rente ab 67 in den Bundestag eingebracht.



SOZIALES

Programm der „Freiwilligendienste aller Generationen“ verstetigen

Die Menschen in unserem Land werden immer älter. Das stellt unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Mit Eintritt in die Rente beginnt für viele Menschen jenseits des 65. Lebensjahrs eine Lebensphase mit neuen Freiheiten. Sie wollen aktiv leben und sich auch in der Gesellschaft engagieren. Dabei bringen sie ihre Lebenserfahrungen in das gesellschaftliche Engagement in Vereinen, Kommunen und Kirchengemeinden ein.

Unter rot-grüner Regierungszeit wurde 2004 das Modellprogramm „Generationenübergreifende Freiwilligendienste“ (GüF) eingeführt. Es wurde 2008 vom Modellprogramm „Freiwilligendienste aller Generationen“ (FdaG) abgelöst. Dieses Programm bildet einen verbindlichen Rahmen für bürgerschaftliches Engagement von Erwachsenen und insbesondere von Seniorinnen und Senioren. Die Freiwilligen engagieren sich z. B. in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Familienassistenz, Bildung, Kultur, Umwelt und Sport. Der Zeitaufwand für dieses Engagement beträgt mindestens acht Stunden pro Woche und mindestens sechs Monate. Die „Freiwilligendienste aller Generationen“ gewährleisten wie schon die GüF Qualitätsstandards, Qualifizierungsmöglichkeiten, Versicherungsschutz und passende Angebote für Freiwillige aller Altersgruppen. Der Dienst ist so gestaltet, dass er nicht in Konkurrenz zur Erwerbsarbeit steht.

Bundesförderung der „Freiwilligendienste aller Generationen“ (FdaG) läuft aus

Rund 44 Prozent im FdaG engagieren sich zum ersten Mal bürgerschaftlich. Damit wird deutlich, dass der Dienst neue Potenziale erschließen kann. Trotz der Erfolge läuft die Förderung durch den Bund für die „Freiwilligendienste aller Generationen“ zum Ende 2011 aus. Damit wird der Infrastruktur von Beratung, Qualifizierung, Qualitätssicherung und Öffentlichkeitsarbeit vor Ort der Boden entzogen. Denn die ohnehin finanzschwachen Kommunen können die Förderung nicht übernehmen. Die Bundesregierung hat kein schlüssiges Konzept, um einen geregelten und niedrigschwelligen Freiwilligendienst für ältere Menschen aufrecht zu erhalten, der sowohl nicht in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt steht als auch die pädagogische Begleitung und fachliche Anleitung der Freiwilligen sicherstellt.

SPD-Antrag fordert Verstetigung des Programms

Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung in ihrem Antrag (Drs. 17/7980) auf, die Förderung der „Freiwilligendienste aller Generationen“ zu verstetigen. Darüber hinaus soll die Vielfalt der Freiwilligendienste gefördert werden. Ein Freiwilligendienstestatusgesetz soll rechtliche Standards für alle Dienste festlegen. Gemeinsam mit den Bundesländern sollen Rahmenbedingungen und Strukturen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements geschaffen und erhalten werden. Die Vereinbarkeit von bürgerschaftlichem Engagement und Beruf soll in Unternehmen und im öffentlichen Dienst vorangetrieben werden.

Der neu geschaffene Bundesfreiwilligendienst (BFD) kann die Funktion der „Freiwilligendienste aller Generationen“ nicht übernehmen. Denn hier liegen die Hürden für ältere Menschen sehr hoch, da beim BFD mindestens 20 Stunden freiwilliges Engagement pro Woche für die Dauer eines Jahres geleistet werden müssen. Laut einer



Evaluation durch die „Generationenübergreifende Freiwilligendienste“ bevorzugen ältere Menschen durchschnittlich acht bis zwölf Stunden für ihr freiwilliges Engagement. Die Mehrgenerationenhäuser, die die Regierung für die Koordinierung des bürgerschaftlichen Engagements heranziehen will, können die FdaG auch nicht ersetzen, weil auch ihr Fortbestand nicht gesichert ist. Deshalb nimmt die Regierung mit dem Auslaufen des Programms der FdaG in Kauf, dass das bürgerschaftliche Engagement von älteren Menschen zurückgehen könnte.

STADTENTWICKLUNG

Verkauf der Bundesanteile am Duisburger Hafen stoppen

Der Duisburger Hafen ist als weltgrößter Binnenhafen äußerst rentabel und steigert stetig sein Umschlagvolumen. Damit ist er ein wichtiger Motor für Beschäftigung und Wohlstand in der Region und in Deutschland. Trotzdem will die Bundesregierung ihre Anteile verkaufen. Damit der Hafen in öffentlicher Hand verbleibt, fordert die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag die Veräußerung der Anteile zu stoppen.

Der Duisburger Hafen ist der weltweit größte Binnenhafen. Er hat sich selbst in der Wirtschaftskrise positiv weiterentwickelt und ist ein herausragendes Beispiel für einen modernen Hafen. Rund 350 Unternehmen sind im Duisburger Hafen ansässig. Er bietet knapp 40.600 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Beschäftigung. Die Bundesregierung will nun ihre Anteile verkaufen. Das will die SPD-Bundestagsfraktion verhindern und hat dazu ihren Antrag „Duisburger Hafen muss in öffentlicher Hand bleiben“ (Drs. 17/8140) in den Bundestag eingebracht, der am 15. Dezember erstmalig beraten wurde.

Die Logistik Drehscheibe Duisburger Hafen ist ein wesentlicher Motor für Wohlstand und Arbeitsplätze in Duisburg, Nordrhein-Westfalen und Deutschland. Er schreibt schwarze Zahlen mit steigender Tendenz. 2010 erwirtschaftete der Hafen einen Umsatz von 147,4 Millionen Euro und einen Gewinn von 6,8 Millionen Euro. Der Umschlag wuchs von 2009 auf 2010 um 23 Prozent. Der Duisburger Hafen gehört zu je einem Drittel der Stadt Duisburg, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund. Die Bundesregierung hat mehrfach auf seine hohe Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und den Güterverkehr hingewiesen. Trotzdem hat sie ein Verfahren zur Veräußerung seiner Anteile eingeleitet.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, die außerordentliche Bedeutung des Binnenhafens anzuerkennen und das Verfahren zur Veräußerung des Anteils des Bundes an der Duisburger Hafen AG sofort zu stoppen. Weiterhin soll nicht auf stetig wachsende Gewinne für den Bund durch die Beteiligung am Hafen verzichtet werden. Die öffentliche Hand soll die Entwicklung des Hafens weiter steuern. Zudem verlangen die Sozialdemokraten ein klares Bekenntnis der Regierung für eine nachhaltige und langfristige Verkehrs- und Wirtschaftspolitik.



VERANSTALTUNGEN

Demokratiekongress der Fraktion: „Wir brauchen mehr Demokratiepolitik!“

Seit mehr als 60 Jahren herrscht in Deutschland die Demokratie – diejenige Staatsform, von der Winston Churchill einst sagte, sie sei nicht optimal, aber noch immer die beste Form der Regierung, die es gebe. Doch in den letzten Jahren bricht sich ein schleichender Prozess Bahn, eine Demokratiemüdigkeit, ein Unbehagen der Bürger gegenüber ihrem Staat. Was ist passiert? Und wie lässt sich das ändern?

Um über das Verhältnis von der Demokratie zu ihren Bürgern zu diskutieren und Wege zu neuer Demokratiebegeisterung zu suchen, lud die SPD-Bundestagsfraktion zu dem Kongress „Mehr Demokratie leben“ ein. Denn der Willensbildungsprozess nach demokratischen Prinzipien wie Mehrheit und Opposition oder Streit und Kompromiss, der den Alltag der parlamentarischen Praxis prägt, muss als Normalfall sichtbarer werden. Die Volksherrschaft ist zwar kein Verfahren zur Vermeidung von Streit, aber zweifellos kann man besser streiten, als es heute oftmals geschieht. Das wurde erörtert.

Demokratie vererbt sich nicht. Sie muss immer wieder aufs Neue errungen und verteidigt und gelebt werden, das ist ein langer Weg. In seinem Grußwort zitierte Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier Willy Brandts berühmtes Credo „mehr Demokratie wagen“ aus dem Jahre 1969. Zwar seien wir heute deutlich weiter, aber es gebe immer noch kein Geheimrezept, wie sich die Demokratie noch verbessern ließe. Allerdings habe sie sich als sehr robust und gefestigt gezeigt: „Bei allem Streit – wenn es darauf ankam, haben wir alle im Bundestag zu Europa gestanden“, sagte Steinmeier. Das sei umso wichtiger, je mehr Demokratie- und Europaskepsis sich breitmache. „Viele der Abgeordneten bekommen Briefe in ihren Wahlkreisen, die gegen Europa gerichtet sind, neue Strömungen wie die Piratenpartei konstituieren sich, vieles ist in Bewegung“, sagte er. Wichtig sei es darum, mit allen gesellschaftlichen Gruppen im Dialog zu bleiben, das Gespräch auch direkt zu suchen.

Auch für ihn sei es neu gewesen, zu erkennen, dass sich an einem Streit wie bei Stuttgart 21 die Demokratiefrage entzündet. Doch solche Aktionen führten letztlich zu mehr Attraktivität der Demokratie, denn sie beteiligten den Bürger mehr, erläuterte Steinmeier. „Junge Leute sind uns da Welten voraus, wir können von ihnen lernen.“

Hans-Peter Bartels, Sprecher der AG Demokratie der SPD-Fraktion, betonte in seiner Rede, dass die Volksherrschaft oft als zu selbstverständlich hingenommen werde. Ihn erinnerte das an Konrad Adenauer, der mal sagte, „Kinder kriegen die Leute von alleine“ – so denken viele Politiker und Bürger auch über die Demokratie, mahnte Bartels. „Aber die Demokratie ist nur so stark wie ihre Bürger demokratisch sind“, so Bartels. Er verwies auf die SPD-Zukunftswerkstätten, in denen an neuen Formen der Demokratie gebastelt werde. Bartels unterstrich, dass es für seine Fraktion wichtig sei, direkte demokratische Elemente in die Verfassung einzubauen, wie etwa große Volksabstimmungen. Bartels: „Wir brauchen mehr Demokratiepolitik“. Und die Bundesregierung tue das Gegenteil, wenn sie zum Beispiel bei der Bundeszentrale für politische Bildung kürze – genau dort, wo Demokratie auch pädagogisch aufbereitet werden kann.

„Hedonistische Happening-Kultur“

In einer beeindruckenden Analyse der heutigen Demokratie konstatierte Joachim Gauck, Gastredner des Kongresses, die Demokratie sei ein Modell mit leidenden Akzeptanzproblemen – doch: „Es liegt uns Deutschen nicht, einen Verdruss als



Kulturdiskurs zu begreifen.“ Schließlich seien die Deutschen lange in einer Tradition des Scheiterns gefangen gewesen; erst mühsam und langsam sei dann das „Haus der Demokratie“ gebaut worden. „Es fehlt uns aber noch immer ein Leitnarrativ dazu“, sagte Gauck. Unsere „hedonistische Happening-Kultur“ habe aber durchaus die Möglichkeit, die Demokratie positiv zu stärken – mittels Begeisterung. Denn es gebe eine Mehrheit, die ganz offensichtlich eine Sehnsucht nach Demokratie habe, trotz aller Rückzugerscheinungen. Und da müsse angesetzt werden. „Ob Attac oder Adhocracy, neue Formen erobern den Diskurs“, sagte Gauck und erklärte: „Diese Formen, diese Verfechter sind bei uns, wir merken es nur oft nicht.“

Gauck forderte eine „neue Bereitschaft, das, was wir erreicht haben, was wir gestaltet haben, auch so zu sehen, dass es gewachsen ist, dass es etwas Tolles ist, es anzunehmen als etwas Positives. „Wie neigen dazu, etwas nur von seinen Mängeln her zu beschreiben“, stellte Gauck fest. „Aber wir müssen uns über unsere westlichen Werte freuen, sie annehmen.“

Und für den Umgang mit den ewigen Skeptikern hatte er auch noch einen Ratschlag: „Fragt sie nach ihren Alternativen. Was wollen sie? Manchesterkapitalismus? Herrenschichten? Was ist es? Jeder solle darauf achten, nicht die „Flucht aus der Freiheit“ zu betreiben. Damit zitierte Gauck den Philosophen Erich Fromm. Es gebe soviel Flucht, in die Konformität, aus Angst heraus, ins Destruktive, ins Passive. Doch wer sich ängstige, müsse ja immer zu anderen Angst machen, um die eigene Angst zu überwinden.

„Ingenieure der letzten Dinge“

Für Joachim Gauck ist klar: „Politik ist der andauernde Prozess, das Gute zu erreichen, der Prozess des Geborenwerdens. Politiker sind also Ingenieure der letzten Dinge“. Und nur, weil man sich nicht immer sicher sei auf dem Weg zu Demokratie, dürfe man niemals irrational werden. „Wir müssen handlungsfähig bleiben.“

Zu den weiteren Gästen und Rednern zählten Sybille Reinhardt, Thomas Steg, Katja Mast, Wolfgang Zeh, Suzanne Schüttemeyer, Martin Schwanholz, Sönke Rix und Sigmar Gabriel.

WISSENSCHAFT

Schwarz-Gelb tut nichts für Frauen in der Wissenschaft

Mehr als 100 Fragen haben die Oppositionsfraktionen an die Bundesregierung gestellt, um herauszufinden, was Schwarz-Gelb für die Gleichstellung von Frauen in Wissenschaft und Forschung tut. Die Antwort der Regierung ist entlarvend.

In Wissenschaft und Forschung sind Frauen auch heute noch stark unterrepräsentiert. Ihre Entwicklungs- und Karrierechancen sind bei gleicher Qualifikation nach wie vor schlechter als die von Männern. Eine „gläserne Decke“ versperrt vielen Wissenschaftlerinnen den Weg in höhere Qualifikationsstufen und Besoldungsgruppen, in Entscheidungsgremien und Leitungsfunktionen. Aber auch in politiknahen Beratungskommissionen, in wissenschaftlichen Expertengremien oder – besonders ausgeprägt – in der industriellen Forschung sind Frauen rar.



Gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen hat die SPD-Bundestagsfraktion deshalb eine Große Anfrage an die Bundesregierung zur Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung gestellt. Die Regierung war aufgefordert, sich zu mehr als 100 Fragen zu äußern, die aktuelle Situation zu bilanzieren sowie Handlungsfelder, politische Instrumente und neuen Perspektiven aufzuzeigen.

Schwarz-Gelb bleibt tatenlos

Doch die Antwort der Bundesregierung ist entlarvend: Schwarz-Gelb bleibt tatenlos. Die Regierung verweist lediglich auf Projekte von Vorgängerregierungen, hat keinerlei neue Impulse und vielfach nicht einmal Daten. Dort, wo Zahlen fehlen, interpretiert sie blind die Situation als positiv. „Nicht wissen, nicht wollen, nicht können“ – das sei die Quintessenz der Antwort der Bundesregierung, kommentierte die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Ulla Burchardt (SPD).

So leugnet die Bundesregierung beispielsweise auch die prekären Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses, obwohl die Zahlen etwas anderes belegen. Aus der Antwort geht klar hervor, dass Frauen in erheblich höherem Umfang befristet oder in Teilzeit beschäftigt werden als Männer.

Außerdem belegen die Zahlen, dass enorm viele Frauen nach der Promotion aus einer wissenschaftlichen Laufbahn aussteigen. Sind unter den erfolgreich Promovierenden noch 44,1 Prozent Frauen, sind es bei den Professorenstellen noch 18,2 Prozent.

„Das ist nicht nur ungerecht den Frauen gegenüber, das ist auch volkswirtschaftlich gesehen eine absolut schlechte Entwicklung“, kritisierte die SPD-Bildungspolitikerin Marianne Schieder. „Wir erlauben uns an dieser Stelle eine massive Verschwendung von intellektuellem Potenzial.“

Zielquoten sind unverzichtbar

Fatal ist auch, dass die Bundesregierung nicht nur dort untätig ist, wo es um Rahmenbedingungen und Förderprogramme geht. Ähnlich problematisch sieht es bei den von der Bundesregierung eingerichteten Beratungsgremien aus. Von 88 Gremien sind lediglich drei paritätisch und weitere zwei annähernd paritätisch besetzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die von den Oppositionsfraktionen ausgestreckte Hand zu ergreifen und sich gemeinsam für mehr Frauen in Wissenschaft und Forschung zu engagieren. Zielquoten seien unverzichtbar, sagte Ulla Burchardt. „Es ist Zeit, dass jetzt endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden.“ Unsere Gesellschaft kann es sich nicht länger leisten, die enormen Potenziale von Frauen brach liegen zu lassen.